



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 35

P/V/124

1. Juni 1950

Hinweise auf den Inhalt:

Erhard oder "die Macht des Schicksals"	S.1
Bericht über den Parteitag der SFIO	S.3
Die FDP beschwerte sich (Ein Brief des Abg. Dr. Öllers)	S.5
Termine für SPD Wahlkampfreden	S.6
Glosse	S.5

Erhard oder "die Macht des Schicksals"

RAP. Die Jubiläen einiger westdeutscher Handwerkskammern gaben dem Bundeswirtschaftsminister Gelegenheit, sich gegen das "Hamburger Rezept" der SPD auszusprechen. Dabei fehlte wiederum die Warnung vor der Vollbeschäftigung nicht.

Nach der grossen Weltwirtschaftskrise, nach dem Nazi-Experiment und nach dem zweiten Weltkrieg hat Professor Erhard noch nicht die Erkenntnisse, die seinen englischen Kollegen Keynes bereits 1936 voraussagen liessen, dass die Völker die Massenarbeitslosigkeit sich nicht mehr bieten lassen werden. Die Freiheit, die an Stelle der Vollbeschäftigung geboten werden soll, bleibt ein Trugbild, wenn sie nicht von der Sicherheit begleitet wird.

Die Wirtschaft ist ein Teil der Beziehungen zwischen den Menschen; die Wirtschaftswissenschaft ist ein Teil der Wissenschaft von der Gesellschaft. Professor Erhard weiss gewiss, dass die Wirtschaftswissenschaft in England heute noch zu den "moral sciences", den Moralphilosophen, gehört und dass Adam Smith von Haus aus Moralphilosoph war. Tatsächlich haben auch alle wirklich grossen Geister in der Entwicklungsgeschichte der Wirtschaftswissenschaft ein aus dem Moralischen kommendes Unbehagen verspürt, wenn ihnen gerade durch ihre Wissenschaft von der Not der Menschen und von der Ungerechtigkeit der Welt berichtet wurde.

Knapp zwei Jahrhunderte ist die Wissenschaft von der Wirtschaft alt; sie stand am Ausgang einer Periode grosser gesellschaftlicher Um-

wälzungen und sie leitete eine Periode noch grösserer und heftigerer gesellschaftlicher Umwälzungen ein. Das aufsteigende Bürgertum beseitigte nicht zuletzt mit Hilfe dieser Wissenschaft den Absolutismus der Monarchie und ihrer feudalen Stützen, errichtete die Nationalstaaten und verteilte den Erdball. Nachdem nun dies alles geschehen ist, und die so erweiterten Fesseln der ökonomischen Kräfte wiederum zu eng geworden sind, will man die zum Dogma gewordene Doktrin noch immer aufrechterhalten.

Man sagt uns die Plattheit, dass es auf dem Gebiet des Geld- und Kreditwesens kein "Wunder" gebe, sondern dass hier alles ehrlich erarbeitet werden müsse. Man vergisst dabei, dass auch die Lehren des Adam Smith einst als eine Wunderlehre angesehen wurden. Wenn man aber in den Millionenscharen der Arbeitslosen eine besondere "Härte unseres Schicksals" sieht, dann müssen wir nachdrücklich sagen, dass wir uns im Namen dieser Arbeitslosen nicht mit diesem fatalistischen Schicksalsglauben abfinden wollen. Zwei Weltkriege während der Lebensdauer einer Generation waren nicht "Schicksal", sondern Menschenwerk; ebensowenig sind die Folgen dieser Weltkriege "Schicksal", sondern auch sie sind Menschenwerk. Mit der Berufung auf ein Fatum werden die Millionen der Vertriebenen weder gekleidet noch genährt, werden unsere zerstörten Städte nicht wieder aufgebaut.

Mit der deutlichen Anspielung auf die Richtlinien zur Arbeitsbeschaffung, die der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in Hamburg angenommen hat, beneidet Professor Erhard "alle die um ihr Gewissen, die behaupten, das Rezept zu haben, die Arbeitslosen und noch drei Millionen Menschen mehr beschäftigen zu können". Dieses Rezept zu besitzen, haben wir nicht behauptet. Aber wir haben den festen Willen, das Massenelend der Vertriebenen und der Arbeitslosen zu beseitigen. Um diesen Willen mag uns der schicksalsgläubige Professor Erhard beneiden; ohne diesen festen und unbedingten Willen ist er im Nachkriegsdeutschland als Wirtschaftsminister fehl am Platze.

Frankreichs Sozialisten suchen neuen Weg

Von Alfred Frisch, Paris

Der Parteitag der französischen Sozialisten (SFIO) brachte, wie vorauszusehen war, keinerlei Überraschung. Er verdient, trotzdem über die Grenzen des Landes hinaus Beachtung, weil die Partei zum ersten Mal seit langen Jahren ihre innere Geschlossenheit sowohl für aussen-, als auch innenpolitische Fragen wiederfand. Die in der Vergangenheit üblichen mehr oder weniger einander widerstrebenden Tendenzen kamen diesmal in keiner Form zum Ausdruck und die Schluss-Resolutionen wurden ausnahmslos einstimmig oder mit überwiegender Mehrheit angenommen. Selbst die vor zwei Monaten noch umstrittene Frage des Wiedereintritts der Sozialisten in die Regierung führte zu keinerlei Auseinandersetzungen. Die jetzige Abseitsstellung fand einstimmige Billigung.

Der vordringlichste Wunsch des Pariser Parteitages war die Ausarbeitung eines neuen wirkungsvollen Aktionsprogrammes, das geeignet sein soll, die weitgehend an die Kommunisten verlorengegangene Arbeiterschaft für den demokratischen Sozialismus wiederzugewinnen. Es dürfte gelungen sein, die für diesen Kampf unentbehrlichen psychologischen Voraussetzungen zu schaffen, d.h., der sozialistischen Partei Frankreichs das Vertrauen in ihre eigenen Möglichkeiten und Ziele wiederzugeben.

Um die Nachfolgerschaft Léon Blums bewerben sich offensichtlich die drei stärksten Persönlichkeiten, d.h. Jules Moch, André Philip und der ehemalige Generalsekretär der SFIO und Arbeitsminister Daniel Mayer. Eine Entscheidung fiel nicht. Bei dem ziemlich unüberbrückbaren Ideen- und Persönlichkeitsgegensatz zwischen Moch und Philip dürfte allerdings langfristig der sehr geschickte Daniel Mayer die besten Aussichten haben. Der bisherige Parteivorstand wurde fast restlos wiedergewählt. Die einzige erwähnenswerte Änderung ist die Neuwahl Jules Mochs, der während seiner Ministerzeit auf seinen Vorstandssitz verzichtete. Jüngere Elemente sind nicht in Erscheinung getreten. Auch die Mitglieder des Parteivorstandes, die bisher systematisch innerhalb der Bewegung in der Opposition standen, wurden ohne Schwierigkeiten wiedergewählt, was als demokratische Selbstverständlichkeit gilt.

In den verschiedenen Diskussionen nahmen aussenpolitische Fragen einen breiten Raum ein. Die erste Geige spielte hierbei immer wieder

André Philip, der mit Begeisterungsfähigkeit den europäischen Gedanken ebenso verteidigte wie eine echte deutsch-französische Zusammenarbeit. Der Versuch Jules Mochs, die deutsch-französischen Beziehungen auch weiterhin mit der schweren Hypothek des sentimentalischen Misstrauens zu belasten, ist völlig gescheitert. Der Parteitag lehnte ferner jede Mehrbelastung für die europäische Wiederaufrüstung als sozial untragbar ab, nicht zuletzt, weil die Herstellung vernünftiger sozialer und wirtschaftlicher Verhältnisse als wichtigere Voraussetzung für die Bekämpfung des Kommunismus angesehen wird als die europäische Aufrüstung.

Der Schuman-Plan stiess auf zahlreiche Vorbehalte, besonders hinsichtlich der für unentbehrlich erachteten britischen Beteiligung und der nicht unterschätzten Gefahr einer privatwirtschaftlichen Kartellisierung. Eine der Voraussetzungen für die Billigung der europäischen Montanunion durch die SFIO ist der Fortbestand der Internationalen Ruhrbehörde als regionales ausführendes Organ des beabsichtigten Stahl- und Kohlenrates. Diese Forderung leidet unter einem inneren Widerspruch, denn während im Stahl- und Kohlenrat Deutschland gleichberechtigt ist, verfügt es in der internationalen Ruhrbehörde nur über ein beschränktes Mitspracherecht. Der Widerspruch wird von den französischen Sozialisten keineswegs verkannt, vorläufig aber als unvermeidlich angesehen, da der Schuman-Plan keine Lösung des gesamten deutschen Problems darstelle. Die Ruhr, so wird argumentiert, müsse bis auf weiteres international verwaltet werden, um vor allen Dingen die Rückkehr der alten Besitzer zu vermeiden. Eine Verstaatlichung wäre bei den gegebenen politischen Verhältnissen keine Garantie gegen eine derartige Wendung und an eine für grundsätzlich zufriedenstellend erachtete Sozialisierung sei aus den gleichen Gründen nicht zu denken.

Abschliessend muss der freundliche Empfang des Vertreters der deutschen Sozialdemokratie, Fritz Heine, erwähnt werden, zumal dieses Jahr zum ersten Male seit dem Kriege ein deutscher Sozialist auf dem französischen Parteitag das Wort ergreifen konnte.

FDP beschwerte sich

sp. Dass innerhalb der Regierungskoalition in Bonn seit langem Unzufriedenheit über die Adenauersche Selbstherrlichkeit besteht, ist ein offenes Geheimnis. Diese Stimmung wird besonders hell durch einen Brief beleuchtet, den der Landesvorsitzende der FDP Schleswig-Holstein, Rechtsanwalt Dr. Fritz Öllers, am 18. April an den Vizepräsidenten des Bundestages, seinen Fraktionskollegen Dr. Hermann Schäfer gerichtet hat und der erst jetzt bekannt wird.

Der erste Satz dieses Briefes ist nicht schön, aber deutlich: "Ich halte mich für verpflichtet, Sie und die Kabinettsmitglieder unserer Fraktion darauf aufmerksam zu machen, dass eine Reihe unserer Fraktionsfreunde, zu denen auch ich gehöre, durch mangelnde Einflussnahme, die, obwohl wir als Regierungspartei die Politik der Regierung verantwortlich tragen, sowohl der Fraktion, als auch unseren Ministern im Kabinett durch den Herrn Bundeskanzler eingeräumt wird, sehr beunruhigt ist". Dr. Öllers erinnert daran, dass bereits die Beteiligung der FDP an der Regierungsbildung nicht allenthalben den Vorstellungen der Fraktionsmitglieder entsprochen und dass die spätere Nichtberücksichtigung bei der Besetzung der Staatssekretariate Befremden ausgelöst habe. Er fährt fort: "Ich glaube auch annehmen zu können, dass manche der späteren Schwierigkeiten die tiefere Ursache in einer daraus resultierenden Verstimmung haben".

Der Briefschreiber erinnert weiter an einen Schritt "unserer Regierungsmitglieder" mit dem Ziel, eine stärkere Einschaltung in aussenpolitische Entschliessungen zu erreichen und wendet sich dann dagegen, dass im Auftrage des Kanzlers ein Untersuchungsausschuss der CDU mit der Überprüfung der politischen Vergangenheit der leitenden Beamten der mit aussenpolitischen Fragen befassten Büros des Bundeskanzleramtes beauftragt sei. Es wird nicht ganz klar, ob sich der Einwand nur dagegen richtet, dass hier e i n e r der Parteien der Regierungskoalition eine bestimmte Zuständigkeit eingeräumt wird, oder auch dagegen, dass diese Untersuchung überhaupt stattfindet.

Am Schluss wird Dr. Schäfer aufgefordert, bei nächster Gelegenheit dem Herrn Bundeskanzler "die Gesichtspunkte dieses Schreibens mit aller Deutlichkeit" vorzutragen. - Die Entwicklung in den seitdem vergangenen Wochen lässt nicht darauf schliessen, dass dieser Vorstoss Erfolg gehabt hat. Das war bei der Art des Bundeskanzlers auch nicht zu erwarten.

Es sprechen...

im Wahlkampf Nordrhein-Westfalen für die SPD folgende maßgebende Persönlichkeiten der Parteiführung:

Dr. Kurt Schumacher

2.6. Lüdenscheid, 3.6. Mühlheim, 4.6. Mörs, 7.6. Troisdorf,
8.6. Solingen, 9.6. Paderborn, 10.6. Alsdorf, 11.6. Wuppertal,
13.6. Lippstadt, 14.6. Münster, 15.6. Bochum, 16.6. Minden.

Erich Ollenhauer

8.6. Bad Bergeunstadt, 9.6. Euskirchen, 10.6. Iserlohn, 11.6.
Gelsenkirchen, Altenhuden, 14.6. Ubbedissen/Bielefeld, 15.6.
Remscheid, 16.6. Rheydt, 17.6. Höxter.

Prof. Carlo Schmid

6.6. Dortmund, Dortmund-Deusen, 9.6. Köln, 14.6. Oberhausen,
15.6. Steinhagen/Bielefeld, 16.6. Krefeld.

Franz Neumann - Berlin

3.6. Bad Oeynhausen, 4.6. Bochum, 4.6. Gladbeck, 4.6. Altona,
10.6. Essen, 11.6. Uebach, 11.6. Bergheim.

Prof. Reuter - Berlin

10.6. Düsseldorf.

- o - o -

Gerichtsvollzieher als politische Propagandisten

sp. dass die Bevölkerung der Ostzone unzufrieden ist und SED sowie Sowjetbesatzung zum Teufel wünscht, liegt nicht etwa an den Verhältnissen jenseits der Zonengrenze. Die Menschen der Ostzone sind nur deshalb unzufrieden, weil sie nicht wissen, dass sie eigentlich zufrieden sein könnten - mit anderen Worten: es fehlt an der nötigen Aufklärung. Gewiss, die Aufklärungsmöglichkeiten einer gleichgeschalteten Presse sind nicht zu verachten, auch nicht das tägliche monotone Trommelfeuer des Rundfunks und die mit "ostdeutschem Flick" besuchten Versammlungen, aber diese Stätten und Erscheinungen der politischen Erbauung, so notwendig sie sind, gehen nicht auf den Grund der Dinge des Alltags. Hier klafft eine Lücke und diese soll nun ausgefüllt werden.

Mit wem hat man im Alltag zu tun? Mit Zeitungsboten, Briefträgern, Gerichtsvollziehern, Fleischbeschauern, Zählerablesern und - sofern

man es sich leisten kann - mit den Verkäufern in den HO-Läden. Ihnen ist es von berufswegen gegeben, die Aufklärungsbedürftigen Menschen unter Umständen bis im Schlafzimmer zu erreichen, wobei über spezielle Möglichkeiten der Gerichtsvollzieher verfügen dürfte. Diese Berufsgruppen sollen nun entsprechend einer Resolution des Landesausschusses Sachsen der "Nationalen Front" politisch geschult und dann eingesetzt werden. Besonders leicht wird es den Verkäufern in den HO-Läden fallen, einem Arbeiter zu erklären, warum dieser für ein Pfund Schinken einen Wochenlohn in den HO-Läden tragen muss.

- o - o -

Herr Spindler hat nichts damit zu tun?

Im Januar wurde der Versuch unternommen, in Frankfurt eine zweite Nachrichtenagentur zu gründen. Ende April war die Pleite da. Unter den Personen, die wir in diesem Zusammenhang nannten, wiesen wir auch auf den Grossindustriellen und Finanzier der rechtsradikalen Zeitschrift "Der Fortschritt", Herrn Gert Spindler in Hilden bei Düsseldorf hin. Dieser legt nun Wert darauf, zu erklären, dass er "weder mit der geplanten Gründung dieser Nachrichtenagentur mittelbar oder unmittelbar zu tun habe, noch irgend eine Verbindung mit den übrigen genannten Personen unterhält". Wir registrieren diese Feststellung.

Inzwischen werden neue Bestrebungen bekannt, eine deutsche Propaganda-Agentur zu errichten. Die Spuren von Goebbels locken. Noch immer besteht formell die Transocean G.m.b.H. und kürzlich haben die Anteilseigner eine Zusammenkunft abgehalten. Das sind alles Inhaber grosser deutscher Industriebetriebe. Wir wissen nicht, ob Herr Spindler an der Zusammenkunft teilgenommen hat. Er hätte es nicht nötig, denn seitdem er in seiner Zeitschrift an leitender Stelle den ehemaligen Direktor und Hauptschriftleiter von Transocean, Erich Schneyder, beschäftigt, sind die besten Beziehungen garantiert, zumal auch neben Schneyder der Leiter des ehemaligen zentralen Pressebüros der NSDAP, des Reichsach-Dienstes, Graf Reischach, Dr. Otto Bachmann und andere bei Spindler einen Unterschlupf und Lohn und Brot finden. Es kommt auf das gleiche heraus.

- o - o -